

**Niederschrift zur 15. Sitzung des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten am Dienstag, den 29. Juli 2014 um 17.00 Uhr, zunächst am Treffpunkt Grohner Bergstraße, anschließend im Stadthaus Vegesack, Gerhard-Rohlfstraße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 17.00 Uhr  
**Ende:** 19.10 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Zilm

**Tagesordnung:**

1. Bürgerantrag zur Situation Grohner Bergstraße
2. Genehmigung der Niederschrift zur 14. Sitzung vom 26. 3 2014
3. Vegesacker Markt 2014
4. Bürgerantrag zur Situation zw. Fedeler Str., Breite Str., Weserstr. und Halenbeckstr.
5. Bürgerantrag zur Verkehrssituation Schollenweg
6. Verkehrssituation Martinshof / Recyclinghof Martinsheide
7. Anordnungen des Amtes für Straßen und Verkehr sowie Anhörung  
- Förderung des Fahrradverkehrs
8. Einrichtung eines Zebrastreifens im Aumunder Heerweg
9. Situation an der Ausfahrt Grohn, A270 (Ampelphasen u. Beschilderung)
10. Fortschreibung der Prioritätenliste für die Aufstellung der Geschwindigkeitsmessanlage und aktueller Sachstand
11. Verschiedenes

**Anwesende Mitglieder:**

Jäckel, Gabriele  
Kurt, Sabri  
Mohrmann, Heinz Otto  
Neubronner, Tilman  
Scharf, Detlef  
Sonnekalb, Ralf  
Sprehe, Heike  
Tschackert, Bernd

**Sonstige Teilnehmer:**

Herr Hildebrand	Polizeirevier Vegesack
Herr Weinert	VBS
Frau Georgiou	VBS
Herr Klug	Marktmeister
Frau Brandt	Vertreterin des Marktmeisters
Herr Lange	ehemaliger Marktmeister
Herr Kloss	Präsident der ehrenwerten Gesellschaft
Herr Kittlaus	ASV
Herr Katzke	SUBV
Herr Kaars	Werkstatt Bremen

Der Vorsitzende eröffnet den ersten Teil der Sitzung am Treffpunkt in der Grohner Bergstraße.

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Bürgerantrag zur Situation Grohner Bergstraße**

Der Vorsitzende bittet den Antragsteller, die Problematik aus seiner Sicht zu schildern. Der Antragsteller erläutert, dass die Straße relativ schmal ist und es sich um eine 30 er Zone handelt. In der Straße parken immer wieder Fahrzeuge, so dass der Begegnungsverkehr oft schwierig ist. Außerdem kann er seine Einfahrt nur schwer nutzen, wenn gegenüber der Einfahrt ein Fahrzeug steht. Die Straße ist dann zu schmal und er müsse hin und her kurbeln, um die Kurve zu bekommen. Sein Antrag gehe dahin, auf der Straße entsprechende Parkzonen anzulegen und einzuzeichnen. Er beobachtet, dass das in anderen Straßen akzeptiert wird.

Herr Hildebrand erläutert, dass es sich um ein sogenanntes „Päckchenparken“ handelt, und das ASV für solche Planungen zuständig sei. Der Antragsteller fragt, ob ein Autofahrer denn außerhalb der Kennzeichnungen parken dürfte, worauf Herr Hildebrand erklärt, dass das zulässig sei, wenn das parkende Fahrzeug keine Behinderung darstellt. Diese „Päckchen“ sind also nur eine Empfehlung und ein Angebot, dort zu parken.

Nach kurzer Diskussion wird die Sitzung unterbrochen, um sie im Stadthaus fortzuführen.

**Der Vorsitzende eröffnet nochmals formell die 15. Sitzung des Ausschusses. Er stellt fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht versandt wurde. Es liegen keine Änderungswünsche für die Tagesordnung vor, somit gilt sie als beschlossen.**

### **Der Tagesordnungspunkt 1 wird fortgeführt.**

Der Vorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, wie sie die Situation vor Ort in der Grohner Bergstraße wahrgenommen haben.

Frau Sprehe hält die Straße für breit genug um auf der gegenüberliegenden Seite einer Einfahrt zu parken. Es ist manchmal schwierig in die eigene Einfahrt zu kommen, aber diese Situation haben wir in großen Teilen des Beiratsgebietes. Parken gegenüber von Einfahrten ist nach der Straßenverkehrsordnung nicht verboten. Sie hält es für wenig sachgerecht, Parkplätze einzuzeichnen, weil sonst halb Vegesack mit solchen Parkpäckchen ausgestattet werden müsste.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschluss:**

*Der Bürgerantrag, in der Grohner Bergstraße Parkbuchten einzuzeichnen, wird einstimmig abgelehnt.*

## **Tagesordnungspunkt 2**

### **Genehmigung der Niederschrift zur 14. Sitzung vom 26. 3 2014**

Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

## **Tagesordnungspunkt 3**

### **Vegesacker Markt 2014**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Klug und die Stellvertreterin Frau Brandt sowie Herrn Lange, den ehemaligen Marktmeister und Herrn Weinert, Geschäftsführer des VBS und Frau Georgiou, seine Mitarbeiterin. Außerdem begrüßt er Herrn Kloss, Präsident der ehrenwerten Gesellschaft.

Der Vorsitzende erläutert, dass es der erste große Vegesacker Markt ist, der vom VBS organisiert wird, nachdem der Frühjahrsmarkt ja schon gut gelaufen ist. Er bittet Herrn Weinert zu berichten, was die Besucher auf dem Markt erwarten können.

Herr Weinert fängt von hinten an und berichtet dass der Kontakt zum Ruderverein noch nicht hergestellt werden konnte, um die Marktbeerdigung endgültig zu planen. Die ehrenwerte Gesellschaft hat seine Beteiligung an der Beerdigung schon bestätigt. Neu bei dieser Beerdigung ist, dass sie komplett auf dem Markgelände stattfinden soll und nicht wie früher mit einem Zug zur Weser endet. Er möchte da noch nicht zu viel verraten, aber er ist überzeugt, dass es eine gute Beerdigung werden wird. Ansonsten wird es so viel Neues nicht geben, die Marktbesucher sind im Großen und Ganzen immer die gleichen. Mit den Karussells wird es allerdings immer schwieriger, weil die Auflagen immer höher werden und Genehmigungen immer schwerer zu bekommen sind und diese samt Umbau der Fahrgeschäfte fast unerschwinglich teuer sind. Viele Schausteller verkaufen ihre Fahrgeschäfte und machen nur noch Ausschank. Aber es wird zwei „Überkopf-Fahrgeschäfte“ geben. Die Straßen vom Sedanplatz an, sind bereits bis auf zwei bis drei kleine Lücken bestückt.

Herr Weinert blickt kurz auf den Frühjahrsmarkt zurück, eine schöne Veranstaltung für die es viel Lob gab. Der Platz war gut aufgebaut, der Gottesdienst ist von rund 80 Teilnehmern gut angenommen worden. Allerdings ließ das Wetter zu wünschen übrig, fünf Tage schlechtes Wetter nur einen Sonnen-Tag, an dem die Schausteller auch sehr zufrieden waren. Natürlich wünschen sich alle Beteiligten für den Herbstmarkt gutes Wetter. Herr Weinert zeigt kurz die „Erkennungsmarken“ für die geladenen Gäste. Die Eröffnung wird bei Stratmann stattfinden.

Herr Lange erklärt, dass es in diesem Jahr aufgrund der Ferien besonders schwierig war, den Umzug zusammenzustellen. Trotzdem ist es gelungen 40 Gruppen zu organisieren. Auf der Bühne wird ein neuer Moderator moderieren. Er geht davon aus, dass es ein sehr schöner bunter Umzug wird, der das Publikum begeistern wird. Es wird zwei Sonderpreise in Höhe von 100 Euro geben, die vom Beirat Vegesack und vom Förderverein Vegesacker Junge gespendet wurden. Darüber hinaus gibt es die üblichen Preise von 150, 100 und 50 Euro. Die Jury wurde noch nicht bestimmt.

Herr Klug erklärt, dass es von Seiten des Stadtamtes nicht viel dazu zu sagen gibt. Im letzten Jahr war das Stadtamt noch Veranstalter des Vegesacker Marktes, dieses Jahr ist das Stadtamt wie auch beim Frühjahrsmarkt nur noch Genehmigungsbehörde. Alle Unterlagen liegen vor, sodass das behördliche Abstimmungsverfahren in die Wege geleitet werden kann. Er hofft, dass das Stadtamt nun schnellst möglich die notwendige Genehmigung ausstellen kann, damit der Markt so stattfinden kann, wie es von Herrn Weinert und seinem Team geplant wurde. Er lobt die Arbeit des VBS und bestätigt, dass er es nicht besser hätte machen können.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Vorrednern.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Bürgerantrag zur Situation zw. Fedeler Str., Breite Str., Weserstr. und . Halenbeckstr.**

Der Vorsitzende stellt Herrn Kittlaus vom ASV vor. Er erklärt, dass ein Anlieger der Weserstraße in der Bürgersprechstunde mit der Sprecherin des Beirates, Frau Sprehe und dem Stellvertreter Herrn Pörschke über die Situation in der Straße gesprochen haben. Daraufhin hat der Anlieger einen umfangreichen Antrag eingereicht.

Der Vorsitzende schlägt vor, die verschiedenen Punkte einzeln vorzutragen und abzuarbeiten.

1) Es wird beantragt die Ausschilderung am Wendepplatz Fedeler Straße mit der Ausschilderung totales Halteverbot, zur Vermeidung von Unfällen durch Falschparker, zu versehen.

Herr Kittlaus erklärt, dass das Schild ursprünglich dort auch hingehört. Er schickt die Aufforderung, das Schild wieder aufzustellen an die „Straßenunterhaltung“, damit das Schild wieder aufgestellt wird.

**Beschluss:**

- 1. Das Verkehrszeichen 283 (absolutes Halteverbot) war am Wendepplatz Fedeler Straße bereits angeordnet. Das Schild wird dort wieder aufgestellt.**

Dem Antrag wird gefolgt.

2) Es wird beantragt am Durchgang Fedelerstraße – Kimmstraße eine Ausschilderung „Durchfahrt für Krafträder verboten“ zu installieren.

Herr Kittlaus erklärt, dass Fußwege weder in Bremen noch in anderen Städten beschildert werden, da sie in der Regel durch einen Bordstein von der Fahrbahn abgegrenzt sind. Der Bordstein ist die Grenze des Verkehrsraumes für den motorisierten Fahrzeugverkehr. An der Stelle ist der Bordstein sehr gut zu erkennen, außerdem sind an beiden Seiten des Durchganges Poller gesetzt. Seiner Meinung nach muss an der Stelle nichts beschildert werden. So wie der Weg jetzt gestaltet ist, könnte die Polizei jederzeit einschreiten, wenn dort ein motorisiertes Fahrzeug unterwegs ist.

**Beschluss:**

- 2. An dem Wendepplatz Fedelerstraße ist verboten mit Krafträdern den Durchgang Kimmstraße zu befahren, eine Ausschilderung ist dort nicht notwendig.**

Dem Antrag wird nicht gefolgt.

3) Es wird beantragt, die Poller, die jetzt im Bereich der freiwilligen Feuerwehr stehen, in die Weserstraße im Bereich des AOK Gebäudes zu versetzen.

Das würde dazu führen, dass die Weserstraße aus Richtung Fähre kommend, komplett abgehängt wäre und jeder, der in die Weserstraße möchte, müsste über die Schulkenstraße in die Weserstraße einfahren.

Herr Kittlaus zeigt auf dem Plan die derzeitige Situation. Er geht davon aus, dass es damals gute Gründe gab, die Poller an diese Stelle zu setzen. Es wäre auch nicht damit getan, die Poller nur zu versetzen, sondern die bauliche Anlage der Straße müsste wieder rückgebaut werden. Der Beschwerdeführer habe zwar angegeben, dass an dieser Stelle trotz der Poller mit Krafträdern durchgefahren wird, aber für mehrspurige Kraftfahrzeuge bilden die Poller auf jeden Fall eine Sperre. Er geht davon aus, dass Krafträder dort nicht in so großer Zahl durch fahren. Man sollte sich genau überlegen, ob man die Kosten für den Umbau auf sich nehmen möchte.

Herr Hildebrandt ist der Meinung, dass die Poller gesetzt wurden um die Nutzung der Weserstraße als Umgehungsstraße zu unterbinden. Er hat in den letzten Wochen festgestellt, dass es viel positive Resonanz durch die Verkehrsberuhigung durch die Baustelle Theresienheim gibt.

Frau Sprehe erklärt, dass der Parksuchverkehr nicht mehr von der Breiten Straße aus kommen würde, allerdings würde sich der Parksuchverkehr von der Halenbeckstraße aus, verstärken. Wer nicht ins Parkhaus will, wird dort einen Parkplatz suchen, egal wo die Poller stehen. Sie ist der Meinung, dass die Anwohner dazu befragt werden müssten. Denn wenn die

Poller zur Breiten Straße verlegt werden würden, hätten ja alle diejenigen, die zwischen Feuerwehr und Breiter Straße wohnen, längere Wege zurück zu legen.

Herr Scharf berichtet, dass er überrascht ist, wieviel Verkehr in der Weserstraße doch tatsächlich ist. Andererseits kommt der Antrag von nur einer Familie, man weiß ja nicht, wie die anderen Anwohner die Situation einschätzen.

Frau Sprehe bekräftigt, dass eine Bürgerbefragung durchgeführt werden sollte, wenn das ASV grundsätzlich keine Bedenken gegen die Versetzung der Poller hätte, um den Wunsch der Bürger der Straße nachkommen zu können.

Herr Scharf findet diese Veränderung vollkommen unlogisch, ein Großteil der Bürger müsste große Umwege fahren um an die Grundstücke heran zu kommen.

Der Vorsitzende bittet um einen Beschluss. Er bittet um Abstimmung, wer dafür ist, den Bürgerantrag in diesem Punkt abzulehnen. 4 Mitglieder des Ausschusses stimmen für die Ablehnung, 1 Mitglied ist dafür.

Darauf bittet er um Abstimmung, wer dem Antrag zustimmt, mit der Maßgabe, dass das ASV die Machbarkeit prüft und anschließend eine Bürgerversammlung durchgeführt wird. 1 Ausschussmitglied stimmt diesem Antrag zu, 4 sind dagegen.

#### **Beschluss:**

**3. *Das Versetzen der Poller zur Weserstraße Höhe AOK-Gebäude wird nicht für sinnvoll gehalten, da der Parksuchverkehr sich nur verlagern würde.***

Der Bürgerantrag wird mit 4 zu 1 Stimmen abgelehnt.

4) Es wird beantragt, in Höhe der Poller eine gesonderte Ausschilderung „Durchfahrt verboten, für Kraftfahrzeuge jeglicher Art“ einzurichten.

Herr Kittlaus erklärt dazu, dass die Poller eine bauliche Sperre darstellen, die dem Kraftfahrer signalisiert, dass es dort nicht weiter geht. Die Poller halten im Großen und Ganzen den Schleichverkehr aus der Straße. Eine Kontrolle ist nicht möglich, also wären Schilder nicht sinnvoll.

**4. *Durch die Poller wird dem Kraftfahrer signalisiert, dass die Durchfahrt verboten ist. Ein weiteres Schild dort aufzustellen wird nicht für sinnvoll gehalten, da eine Kontrolle nicht möglich ist.***

Der Bürgerantrag wird abgelehnt.

5) Es wird beantragt, im Bereich Kimmstraße in Höhe Feuerwehr die bisherige Beschilderung (absolutes Halteverbot) wieder zu errichten.

Herr Kittlaus ist der Meinung dass es an der Stelle tatsächlich schon mal eine Beschilderung gegeben hat, um die Wendeanlage von parkendem Verkehr frei zu halten.

Herr Hildebrandt ist der Überzeugung, dass es sich um das Schild an der Ecke von der Feuerwehr handelt, welches im Mai umgefahren wurde. Eine Schadensmeldung hat er an das ASV weiter gegeben. Bisher ist dort wohl noch nichts passiert.

#### **Der Vorsitzende stellt fest:**

**5. *Das Schild 283 (absolutes Halteverbot) wird in der Kimmstraße- Höhe Feuerwehr wieder aufgestellt. Das ASV wird gebeten, die Situation am Wendehammer zu prüfen, mit der Maßgabe, dort gegebenenfalls ein zusätzliches Schild aufzustellen, welches deutlich macht, dass dort nicht geparkt werden darf.***

6) Es wird beantragt, den Baumschnitt in der Weserstraße vorzunehmen, da es durch herabfallende Äste zu Gefahrensituationen kommen kann.

**Der Vorsitzende stellt fest:**

**6. Der Umweltbetrieb Bremen wird gebeten, die in der Weserstraße stehenden Bäume hinsichtlich ihrer Vitalität zu prüfen und den Baumschnitt vorzunehmen, damit keine Schäden verursacht werden können.**

7) Es wird beantragt, zu prüfen, ob im gesamten Altstadtkern von Vegesack Anwohnerparken ermöglicht werden kann.

Herr Kittlaus erläutert, dass es Rechtsprechung gibt, die vorgibt, dass eine Gemeinde nicht flächendeckend mit Bewohnerparkgebieten ausgestattet werden darf. Es muss Räume geben, wo nicht alles reglementiert ist. Im Bereich Wilmannsberg wurde das Bewohnerparken vor zwei Jahren eingerichtet. Eine neue Verkehrsregelung wird mindestens drei Jahre beobachtet um anschließend eine Auswertung zu machen. Auf keinen Fall kann man pauschal sagen, der gesamte Altstadtkern soll von Anwohnerparken betroffen werden. Es wäre z.B. zu klären, ob der Parkdruck vorwiegend von den Anwohnern erzeugt wird, oder der Druck durch Fahrzeuge aus dem Umland zustande kommt. Eine Anwohnerparkregelung heißt auch, dass am Tag von 8:00 bis 18:00 Uhr mit einer Parkscheinregelung 50% der Stellmöglichkeiten für Besucher frei gehalten werden müsse. In der Nacht müssen immerhin noch 25% der Stellplätze für Besucher zur Verfügung stehen. Damit so ein Parksystem funktioniert, muss es kontrolliert werden. Es müsste also eine Untersuchung in Auftrag gegeben werden, was derzeit wegen der Haushaltssperre gar nicht möglich wäre. Viele ungeklärte Fragen stehen zur Debatte.

Frau Sprehe, erinnert daran, dass es ein langer Kampf war, Bewohnerparken im Wilmannsberg einzurichten. Der Beirat musste lernen, was es alles zu beachten gibt um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Bevor also eine Ausweitung des Anwohnerparkens in Vegesack angedacht wird, sollte man auf die Auswertung aus den Erfahrungen aus dem Gebiet Wilmannsberg warten.

**Beschluss:**

**7. Die Ausweitung von Anwohnerparken im Zentrum von Vegesack wird zum jetzigen Zeitpunkt durch den Ausschuss einstimmig abgelehnt.**

Frau Sprehe bittet darum, die Auswertung in einem Jahr vorzunehmen.

## **Tagesordnungspunkt 5**

### **Bürgerantrag zur Verkehrssituation Schollenweg**

Die Antragsteller beklagen einen zu starken Verkehr durch Unbefugte im Schollenweg. Der Schollenweg ist ein Weg, er ist also nicht befestigt, sondern nur ein Schotterweg. Zudem ist der Weg auch noch sehr schmal. Dieser Weg ist von beiden Seiten, also Zufahrt Hammersbecker Straße und auch in der Johann-Janssen-Straße, mit dem Schild 260 (Für Kraftfahrzeuge gesperrt, Anlieger frei) gekennzeichnet. Trotzdem fahren viele Kraftfahrzeuge durch diesen Weg, was gerade bei trockenem Wetter zu einer sehr starken Staubbelastung führt. An diesem Weg gibt es keinerlei Überwachung. Ein Ausbau des Weges zu einer Straße ist von den Anwohnern aus Kostengründen nicht gewollt. Es wird vorgeschlagen, diesen Weg mit Pollern zu schließen, was allerdings bedeuten würde, dass die Müllfahrzeuge rückwärts einfahren müssten.

Herr Kittlaus erklärt, dass das Schild „Anlieger frei“ nicht kontrollierbar ist. Technisch wäre natürlich das Setzen von Pollern möglich, die rechtliche Seite müsste wegen der Teilentwidmung geprüft werden. Die Anwohner sollten sich einigen, an welcher Stelle für sie die geringsten Nachteile entstehen.

Auch Herr Hildebrand schätzt die Situation so ein, dass Poller die einzige Möglichkeit seien, um den Verkehr aus dem Weg zu bekommen.

Der Vorsitzende fragt Herrn Kittlaus, ob es für das ASV möglich wäre, einen Vorschlag zu erarbeiten, an welcher Stelle eine Sperrung am günstigsten für alle Beteiligten wäre.

Herr Kittlaus schlägt vor, dass die Anwohner sich einigen sollten um einen Vorschlag vorzulegen.

***Die Antragsteller werden gebeten, mit den Anwohnern zu klären, an welcher Stelle die Poller am sinnvollsten gesetzt werden sollten.***

Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden.

## **Tagesordnungspunkt 6**

### **Verkehrssituation Martinshof / Recyclinghof Martinsheide**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Katzke (Recyclinghof) und Herrn Kaars (Werkstatt Bremen). Er erläutert, dass es immer eine Gefährdung für die Mitarbeiter des Martinshofes gibt, wenn zu bestimmten Zeiten die Container des Recyclinghofes gewechselt werden. Es gab den Wunsch, den Containerwechsel nur während der Arbeitszeiten des Martinshofes vorzunehmen. Herr Katzke hatte versprochen, so weit wie möglich sich nach diesen Wünschen zu richten. Das klappt bisher ganz gut. Darüber hinaus wurde überlegt, durch eine Fahrbahnmarkierung auf der Straße Abstandsflächen einzurichten, damit die Containerfahrzeuge nicht unmittelbar im Eingangsbereich vom Martinshof stehen würden.

Herr Hildebrand berichtet, dass über verschiedene Lösungsmöglichkeiten nachgedacht wurde, aber das sei rechtlich nicht so möglich, wie gedacht.

Herr Kaars erklärt, dass das Grundproblem darin liegt, dass die Einfahrten unmittelbar nebeneinander liegen. Das größte Problem ist im Moment, dass montags lange Schlangen von Fahrzeugen auf die Öffnung des Recyclinghofes warten. Es herrschen teilweise so chaotische Zustände, dass der Martinshof nicht beliefert werden kann.

Herr Katzke erklärt, dass bei Containerwechseln der Recyclinghof geschlossen werden muss und auch dann sehr lange Warteschlangen entstehen. Er glaubt, dass Schraffierungen auf der Straße sehr hilfreich sein könnten. Insgesamt versuchen sie aber den Containerwechsel so zu planen, dass er nicht mit dem Feierabendzeiten der Mitarbeiter des Martinshofes zusammen fällt. Er erhofft sich eine Entschärfung der Situation, wenn der Recyclinghof in Blumenthal im nächsten Frühjahr eröffnet wird und sich die Einzugsgebiete ändern.

Herr Kittlaus ist der Überzeugung, dass man an der Stelle den Individualverkehr nicht anders steuern kann, dort ist zu bestimmten Zeiten ein hohes Verkehrsaufkommen, da gibt es keine Lösung. Es können keine Sperrflächen eingezeichnet werden, denn die dürfen niemals überfahren werden. Eine Haltelinie kann man nur bei Stoppschildern oder Ampeln einzeichnen. Diese beiden Ideen können an dieser Stelle also nicht eingesetzt werden.

Frau Sprehe meint, dass das Problem die Lage und die geringe Größe des Recyclinghofes ist. Sie hofft, dass der neue Recyclinghof in Blumenthal eine Entlastung bringen wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es im Moment keine befriedigende Lösung für dieses Problem gibt.

## **Tagesordnungspunkt 7**

### **Anordnungen des Amtes für Straßen und Verkehr sowie Anhörung**

#### **- Förderung des Fahrradverkehrs**

Herr Kittlaus berichtet von den Umsetzungen der Verkehrsanordnungen zur Aufhebung der Benutzungspflicht des Beidrichtungsradweges

1. in der Georg-Gleisteinstraße zwischen Achterrut und Fährgrund,
2. in der Friedrich-Klippert-Straße in Fahrtrichtung Bahnhofsplatz und Zur Vegesacker Fähre,
3. in der Hermann-Fortmann-Straße und
4. in der Kirchheide auf dem abgesetzt von der Fahrbahn geführten Beidrichtungsradweg.

Die entsprechenden Bereiche wurden entschilddert. Er erläutert, dass es aufgrund einer Klage zu diesen Anordnungen kam.

Zur Abänderung der Anhörung vom 19. Dezember 2012 erläutert er anhand eines Planes wie nunmehr an der Ampelkreuzung Hermann-Fortmann-Straße die Radwegführung geplant ist. Es sollen für Fahrradfahrer an der Geradeaus- und der Rechtsabbiegerspur, sowie an der Linksabbiegerspur Schutzstreifen angelegt werden, die an der Haltelinie vorgezogen werden sollen, damit die Kraftfahrzeuge die Fahrradfahrer sehen können. Diese Regelung ist ein Angebot für Fahrradfahrer die sich sicher fühlen und mit dem Autoverkehr mitfließen wollen. Weiterhin können selbstverständlich die Fahrradwege benutzt werden.

Herr Hildebrand hat Bedenken wegen des mittleren Schutzstreifens, gibt allerdings zu, dass es hier in Bremen-Nord noch keinerlei Erfahrungswerte dazu gibt.

Herr Scharf versteht nicht, warum es nun so sein soll, dass Fahrradfahrer fahren können, wo sie wollen. Er sieht eine Gefährdung der Fahrradfahrer.

Herr Neubronner fragt, ob es überhaupt einen Bedarf gibt. Lohnt sich der Aufwand?

Herr Kittlaus erklärt, dass der Bundestag die Radwegbenutzungspflicht aufgehoben hat und deshalb entsprechende Lösungen gesucht werden müssen. Er sieht den Bedarf. Er geht davon aus, dass diese Regelung von Menschen genutzt wird, die sich Gesetzeskonform verhalten.

***Der Ausschuss stimmt der vorgeschlagenen Radwegführung im Bereich Friedrich-Klippert-Straße und Hermann-Fortmann-Straße zur Förderung des Radverkehrs an Ampelanlagen zu.***

Die vom ASV vorgeschlagene Radwegführung wird mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung befürwortet.

## **Tagesordnungspunkt 8**

### **Einrichtung eines Zebrastreifens im Aumunder Heerweg**

Der Beirat Vegesack und der Verkehrsausschuss debattieren schon länger darüber, ob es im Aumunder Heerweg einen Fußgängerüberweg geben soll oder nicht. Nun liegt die Anhörung vor, einen Zebrastreifen in Höhe der Verkehrsinsel anzubringen. Darüber hinaus, so der Vorsitzende, gibt es einen nicht umgesetzten Beiratsbeschluss auf Anbringung eines Zebrastreifens in der Hammersbecker Straße.

Frau Sprehe begrüßt den Vorschlag, einen Zebrastreifen im Aumunder Heerweg einzurichten und fragt, an welcher Stelle der Überweg in der Georg-Gleistein-Straße lt. Verkehrsentwicklungsplan 2025 geplant ist.

***Der Ausschuss stimmt der Einrichtung eines Zebrastreifens im Aumunder Heerweg-Höhe Mittelinsel zu.***

Der Beschluss wird mit einer Gegenstimme einstimmig befürwortet.

***Darüber hinaus wird der Beschluss vom 17. August 2010 auf Anbringung eines Fußgängerüberweges in der Hammersbecker Straße bekräftigt.***



***Der Ausschuss bittet um Informationen zum im Verkehrsentwicklungsplan 2025 angekündigten Fußgängerüberweg Georg-Gleistein-Straße. Es ist unklar, an welcher Stelle der Überweg eingerichtet und wann die Planung umgesetzt werden soll.***

## **Tagesordnungspunkt 9**

### **Situation an der Ausfahrt Grohn der A270 (Ampelphasen u. Beschilderung)**

Der Vorsitzende berichtet, dass das Problem der Ampelphasen inzwischen behoben wurde.

Herr Hildebrand berichtet, dass die Schilder demnächst berichtigt und ausgetauscht werden.

Ein Bürger regt an, die Ampeln an Abenden und Wochenenden auszustellen, um Geld zu sparen. Außerdem hält er die Ampelschaltung zwischen den zwei Ampeln für ungünstig.

Das ASV soll gebeten werden, zu prüfen, ob die Ampeln zu bestimmten Zeiten abgestellt werden könnten, weil das Verkehrsaufkommen zu gering ist.

**Tagesordnungspunkt 10** (aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben)

### **Fortschreibung der Prioritätenliste für die Aufstellung der Geschwindigkeitsmessanlage und aktueller Sachstand**

## **Tagesordnungspunkt 11**

### **Verschiedenes**

Antrag zur Parksituation Lamkenberg, Tidemanstraße, Fritz-Tecklenborg-Straße

Der Vorsitzende begrüßt den Antragsteller und erläutert die Ausgangssituation. Im Herbst 2013 haben die Eltern und die Kitaleitung des Hauses Windeck in der Tidemanstraße einen Parkstreifen entlang der Straße Lamkenberg anzulegen. Das Argument war, die Sicherheit der KitaKinder zu gewährleisten. Darüber wurde im Verkehrsausschuss beraten. Der Ausschuss hatte sich gegen einen Parkstreifen entschieden, aber das letzte Stück in Richtung Kita sollte mit Pfählen versehen werden, damit die Kinder nicht zwischen parkenden Fahrzeugen die Straße queren müssen. Diese Pfähle sind inzwischen gesetzt worden. Frau Sprehe und der Vorsitzende wurden zu einem „runden Tisch“ eingeladen, bei dem allerdings nicht alle Betroffenen eingeladen wurden. Dieses Gespräch blieb somit ergebnislos. Die Eltern machten anschließend den Vorschlag auf der brachliegenden Fläche hinter dem Frühförderzentrum einen Parkplatz anzulegen. Dafür wäre allerdings eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich. In der Folge hat der Umweltbetrieb entlang der Grünfläche Baumstämme ausgelegt, sodass dort niemand mehr parken kann. Daraufhin gab es Beschwerden der Anwohner, die dort bisher, ohne irgendjemanden zu stören, parken konnten. Inzwischen soll der Umweltbetrieb damit begonnen haben, die Baumstämme wieder abzuräumen. Trotz allem muss es nun eine einvernehmliche Lösung geben, über die nochmals beraten werden muss.

Am 26. März 2014 wurde das Amt für Straßen und Verkehr aufgefordert, einen Lösungsvorschlag vorzulegen, wie die Parksituation in diesem Bereich geregelt werden kann. Dieser Vorschlag liegt noch nicht vor, es gibt also noch keine Diskussionsgrundlage.

Frau Sprehe, erklärt, dass die Pfähle im Lamkenberg gesetzt wurden, damit in der Grünanlage nicht geparkt werden soll. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr muss sich entscheiden, was ihm wichtiger ist, eine unversehrte Grünanlage oder Parkfläche. Diese Entscheidung steht noch aus, daher sind dem Ausschuss die Hände gebunden, was das weitere Verfahren angeht.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, dass inzwischen unterschiedliche Senatsressorts in dieser Angelegenheit involviert sind. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat das Amt für Straßen und Verkehr und den Umweltbetrieb Bremen nochmals aufgefordert, durch Bekräftigung des Ausschuss- Beschlusses vom 26. März einen Lösungsvorschlag für diesen Bereich zu erarbeiten.

Herr Scharf ist der Meinung, dass die derzeitige Situation unmöglich aussieht. Er ist nicht der Meinung, dass es sich um eine schützenswerte Grünfläche, sondern um Schotter handelt. Wenn es nach ihm ginge, könnte dort geparkt werden. Er ist dafür, dass die Baumstämme wieder entfernt werden.

Frau Sprehe, sieht aber einen Unterschied zwischen Lamkenberg und Fritz Tecklenborg Straße. In der letzt genannten Straße handelt es sich eher um Schotter während es sich im Lamkenberg um eine Grünfläche handelt.

Der Vorsitzende erinnert, dass noch keine Vorlagen der zu beteiligenden Behörden vorliegen und formuliert folgenden Beschluss-Vorschlag:

**Beschluss:**

- 1. Umweltbetrieb und Amt für Straßen und Verkehr werden erneut aufgefordert, eine Vorlage zur Parksituation im Bereich Tidemanstraße, Lamkenberg und Fritz-Tecklenborg-Straße zu erarbeiten und dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Beratung vorzulegen. Hierzu werden die Bewohner der vorgenannten Straßen wieder eingeladen.***
- 2. Der Ausschuss spricht sich gegen die Anlegung eines Parkplatzes auf dem ehemaligen Spielplatz am Ende der Fritz-Tecklenborg-Straße aus.***

Bevor abgestimmt wird erhält der Antragsteller noch einmal das Wort. Er bestätigt, dass es tatsächlich morgens und mittags kurze Zeiten vom 15 bis 30 Minuten gibt, in der das Parkproblem groß ist. Ansonsten ist die Straße frei und man könnte parken wo man möchte. Er wünscht sich, dass sich alle Beteiligten, also Kitamitarbeiter, Anwohner und Eltern zusammensetzen und eine einvernehmliche Lösung finden.

Der Vorsitzende wiederholt seinen Beschlussvorschlag und bittet um die Abstimmung.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende schließt um 19.10 Uhr die Sitzung.

Dornstedt  
Vorsitzender

Zilm  
Schriftführerin

Sprehe  
Sprecherin